

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## III. Quartal 2007

Abgeschlossen am 30. September 2007. • E-Mail-Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Eine Krise auf dem Hypothekarkreditmarkt der USA erschüttert die Wirtschaft in den USA, aber auch in Europa. Im August stellt die Fed dem Markt mehrmals kurzfristig Geld zur Verfügung, Mitte September reagiert sie aber mit einer unerwartet starken Leitzinsensenkung auf die Hypothekarkreditkrise. Auch die EZB stellt dem Eurogeldmarkt im August mehrmals kurzfristig Finanzmittel zur Verfügung, um die Liquidität sicherzustellen. – In Tschechien beschließt das Parlament die Einführung der Flat Tax zur Einkommensbesteuerung. Ziel der Steuerreform ist die Senkung des Budgetdefizits.

**3. Juli:** Der dritte Energiegipfel des deutschen Bundeskanzleramtes hat zum Ziel, in der Energieversorgung Planungssicherheit bis 2020 zu erreichen. Dabei gilt der gesetzlich festgelegte Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis 2024 als einer der umstrittensten Parameter. Deutschland will die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 senken. Dazu wird als Kernmaßnahme eine Steigerung der Energieeffizienz in bisher nie erreichtem Ausmaß vorgeschlagen: Die im internationalen Vergleich bereits hohe Energieeffizienz soll bis 2020 verdoppelt werden. Angekündigt werden weitere Subventionen für die Gebäudesanierung, die derzeit mit jährlich 1,4 Mrd. € gefördert wird.

**10.-11. Juli:** Die Rating-Agenturen Standard & Poor's (S&P) und Moody's stufen Wertpapiere und Transaktionen, die mit Wohnbauhypotheken unterlegt sind, herab. Bereits im Juni wurden 131 Wertpapiere herabgestuft und 250 Anleihen unter Beobachtung gestellt.

**24. Juli:** Countrywide Financial, ein bedeutender Hypothekenkreditgeber für Eigenheime in den USA, gibt einen Gewinneinbruch bekannt und kündigt weitere Schwierigkeiten an.

**26. Juli:** Der Index der National Association for Home Builders (NHAB-Index) ist um 6,6% niedriger als im Vorjahr. Das größte Wohnbauunternehmen der USA (DR Horton) meldet für das II. Quartal einen Verlust.

**30. Juli:** Die Deutsche Industriebank AG (IKB) gerät infolge der Hypothekarkreditkrise in den USA in massive Schwierigkeiten. Ein Rettungspaket von über 3,5 Mrd. € wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), dem Haupteigentümer (2,5 Mrd. €) sowie anderen staatlichen und privaten Banken zur Verfügung gestellt.

**6. August:** American Home Mortgage Investment meldet Insolvenz an.

**9. August:** Um die Liquidität auf dem Eurogeldmarkt sicherzustellen, stellt die Europäische Zentralbank den Geschäftsbanken kurzfristig 94,8 Mrd. € zu einem Festsatz von 4% bei vollständiger Zuteilung zur Verfügung. Weitere Feinsteuerungsoperationen in Form von Zinstenders folgen am 10. August (61,1 Mrd. €, Durchschnittssatz 4,08%), am 13. August (47,7 Mrd. €, 4,07%) und am 14. August (7,7 Mrd. €, 4,07%). Zusätzliche Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von einer Woche erfolgen am 13. August (310 Mrd. €, Durchschnittssatz 4,1%), am 20. August (275 Mrd. €, 4,09%), am

## Ausland

Deutschland: Energiegipfel

USA: Hypothekarkreditkrise

USA: Hypothekarkreditkrise

USA: Hypothekarkreditkrise

Deutschland:  
Hypothekarkreditkrise

USA: Hypothekarkreditkrise

EZB: Reaktion auf  
Hypothekarkreditkrise

27. August (210 Mrd. €, 4,09%) und am 3. September (256 Mrd. €, 4,19%). Am 22. August wird ein zusätzliches längerfristiges Refinanzierungsgeschäft mit einer Laufzeit von 3 Monaten, einem Zuteilungsbetrag von 40 Mrd. € und einem Durchschnittssatz von 4,61% angekündigt – eine technische Maßnahme, die dazu beitragen soll, das Funktionieren des Eurogeldmarktes zu normalisieren. Am 13. September wird nochmals ein zusätzliches längerfristiges Refinanzierungsgeschäft (3 Monate) im Umfang von 75 Mrd. € zu einem Durchschnittssatz von 4,52% abgewickelt. In Zukunft wird die EZB den Geschäftsbanken in ihren regulären Refinanzierungsgeschäften mehr Geld verleihen.

Die Banque Nationale de Paris (BNP Paribas) setzt die Anteilsrücknahme für drei Investmentfonds aus, da in der gegenwärtigen Marktsituation keine angemessene Bewertung erfolgen kann.

Venezuela: "Sozialismus des 21. Jahrhunderts"

**16. August:** Venezuelas Präsident Hugo Chávez legt dem Parlament seine Vorschläge für eine Reform der Verfassung vor. Darin soll der "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" verwirklicht werden. Der Entwurf sieht eine territoriale Neuordnung sowie die Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl des Staatsoberhauptes vor.

USA: Discount Rate

**17. August:** Die Notenbank der USA senkt die Discount Rate um 50 Basispunkte von 6,25% auf 5,75%. Die Bank kündigt die Bereitstellung von Finanzierungen für bis zu 30 Tage an.

Tschechien: Steuerreform

**21. August:** Das tschechische Parlament stimmt für eine Steuerreform, die eine "Flat Tax" auf Einkommen vorsieht. Mit Anfang 2008 werden die Steuersätze für die private Einkommensteuer, die derzeit zwischen 12% und 32% liegen, durch einen einheitlichen Satz von 15% für 2008 und 12,5% ab 2009 ersetzt. In die Bemessungsgrundlage werden neben dem Bruttoeinkommen nun auch sämtliche Beiträge zur Sozialversicherung (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) eingerechnet ("Superbruttogehalt"). Für juristische Personen gilt ein Steuersatz von 19%. Der Körperschaftsteuersatz von derzeit 24% wird schrittweise gesenkt: 2008 auf 21%, 2009 auf 20% und 2010 auf 19%. 2008 wird der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (Lebensmittel, Bücher usw.) von derzeit 5% auf 9% angehoben. Ob diese Steuerreform wie vorgesehen zur Senkung des Haushaltsdefizits beitragen wird, wird vielfach in Frage gestellt.

APEC

**8. September:** Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) anerkennen die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Gemäß einem unverbindlichen Beschluss soll der Energieverbrauch im Verhältnis zum BIP bis 2030 um ein Viertel verringert werden. Die Waldfläche soll im asiatisch-pazifischen Raum bis 2020 um mindestens 20 Mio. ha ausgeweitet werden. Das Forum ruft auf, die Doha-Runde der WTO beschleunigt abzuschließen. Bei weiterer Verzögerung könnte als Alternative eine asiatisch-pazifische Freihandelszone gebildet werden.

EU: Wettbewerb Microsoft

**17. September:** Der Europäische Gerichtshof bestätigt die Entscheidung der Europäischen Kommission im Kartellstreit mit Microsoft, wonach der Konzern seine marktbeherrschende Stellung missbraucht und somit gegen EU-Recht verstoßen habe. Microsoft ist demnach verpflichtet, seinen Konkurrenten Zugang zu seinen Serverprotokollen zu gewähren, um Kompatibilität zu gewährleisten. Die Media-Player-Software muss vom Betriebssystem Windows entkoppelt werden. Die verhängte Buße von 497,2 Mio. € wird vom Gericht bestätigt.

USA: Leitzinssätze

**18. September:** Die Notenbank der USA senkt die Leitzinssätze um 50 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun bei 4,75%, die Discount Rate bei 5,25%. Das Open Market Committee begründet diese Zinssenkung mit dem nur mäßigen Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte sowie der angespannten Lage auf den Kreditmärkten und auf dem Wohnbaumarkt. Zuletzt wurde die Federal Funds Rate am 25. Juni 2003 gesenkt.

IMF-Direktor

**28. September:** Dominique Strauss-Kahn wird zum geschäftsführenden Direktor des IMF gewählt. Er löst in dieser Funktion Rodrigo de Rato ab.

China Investment Corporation

**30. September:** China gründet den staatlichen Investitionsfonds "China Investment Corporation" (CIC). Dieser soll die weltweit größten Währungsreserven des Landes verwalten; vorerst sollen 200 Mrd. \$ veranlagt werden. Die chinesischen Währungsre-

serven von gegenwärtig 1.400 Mrd. \$ sind größtenteils in niedrigverzinsten US Treasury Bonds veranlagt, welche das Haushaltsdefizit der USA finanzieren. Ziel des CIC ist es, höhere Renditen zu erzielen.

Ab 2009 soll für Vollzeitbeschäftigte ein gesetzlicher Mindestlohn von 1.000 € brutto pro Monat gelten. Die Sozialpartner wollen diese Regelung in den Tarifverträgen verankern. Ein Gesetzesentwurf zur Selbständigenvorsorge macht die betriebliche Mitarbeitervorsorge auch für freie Dienstnehmer und Selbständige zugänglich. – Ein Kaufangebot der OMV an die Aktionäre der ungarischen Erdöl- und Erdgasgesellschaft MOL wird von MOL als feindlicher Übernahmeveruch interpretiert.

**2. Juli:** Die Sozialpartner einigen sich, bis 2009 für Vollzeitbeschäftigte einen Mindestlohn von 1.000 € brutto pro Monat (rund 820 € netto) einzuführen. Unter Berücksichtigung der 14 Monatsgehälter ergibt sich ein Mindestlohn von brutto 1.167 €. In den einzelnen Branchen soll dieser Beschluss über die Tarifverträge umgesetzt werden. Sollte in einem Branchenvertrag der Mindestlohn unberücksichtigt bleiben, so muss ein formeller Generalvertrag abgeschlossen werden. Rund 30.000 Vollzeitbeschäftigte verdienen derzeit weniger als 1.000 € brutto pro Monat. Mit der neuen Tariflohnregelung werden rund 20.000 Beschäftigte bessergestellt.

**25. September:** Die OMV gibt eine Absichtserklärung für die Übernahme des ungarischen Erdöl- und Gaskonzerns MOL ab. Darin bietet die OMV den MOL-Aktionären 32.000 Forint pro Aktie an. Dieses Angebot liegt 19% über dem Vortagskurs. Die OMV hält 20,2% an der MOL und ist damit größter Einzelaktionär. Von Seiten der MOL wird das Angebot als feindlich eingestuft. Die ungarische Regierung überlegt die Wiedereinführung von Goldenen Aktien, die der Regierung ein Vetorecht in grundlegenden Unternehmensentscheidungen einräumen. Erst im April wurden diese Goldenen Aktien abgeschafft.

**13. September:** Das generelle Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen in Oberösterreich ist nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes unzulässig. Das oberösterreichische Gentechnik-Verbotsgesetz (GVO) wurde 2003 der Europäischen Kommission vorgelegt und von dieser abgelehnt. Oberösterreich reichte eine Nichtigkeitsklage ein, die 2005 vom EuGH abgelehnt wurde. Die Landesregierung hat gegen dieses Urteil berufen und ist nun endgültig vom EuGH abgewiesen worden.

**27. September:** Der Gesetzesentwurf zur Selbständigenvorsorge wird vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Bartenstein, und von Finanzminister und Vizekanzler Molterer vorgestellt. Das neue betriebliche Mitarbeitervorsorgemodell für freie Dienstnehmer und Selbständige sieht vor, diese Gruppen für bereits bestehende Verträge und Neuverträge ab 1. Jänner 2008 in die betriebliche Mitarbeitervorsorge einzubeziehen. Das Selbständigenvorsorgemodell für Gewerbetreibende und "neue Selbständige" gilt für jene, die der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung nach GSVG unterliegen. Mit 1. Jänner 2008 wird der Beitragssatz in der gewerblichen Krankenversicherung von 9,1% auf 7,65% gesenkt. Davon werden 1,53% als "zweite Säule" für die Altersvorsorge der Unternehmer – als zusätzliche Rente analog zur Abfertigung neu – verwendet.

Das Selbständigenvorsorgemodell für Freiberufler, Land- und Forstwirte ist ein freiwilliges Opt-in-Modell: Nach einer Übergangsfrist von sechs Monaten können Selbständige für das Modell optieren.

**28. September:** Die aktualisierten Daten zur Budgetnotifikation 2006 an die Europäische Kommission werden bekanntgegeben. Das öffentliche Defizit betrug im Vorjahr 3,5 Mrd. € bzw. 1,4% des Bruttoinlandsproduktes<sup>1)</sup>. Mit 0,1% des BIP (247 Mio. €) war der positive Beitrag aus dem Finanzierungsüberschuss der Länder und Gemeinden geringer als in den zehn Jahren zuvor. Die Notifikation vom März basierte auf einem positiven Beitrag der Länder von 0,4% des BIP.

## Österreich

Mindestlohn

OMV: MOL

Oberösterreich: Gentechnik-Verbotsgesetz

Selbständigenvorsorge

Maastricht-Notifikation

<sup>1)</sup> Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2007, 80(4), S. 307, [http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=28824&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/isp/index.jsp?fid=23923&id=28824&typeid=8&display_mode=2).